

14 Vorgehen Prüfungsantrag

Die Anwendung des Prinzips „Checks and Balances“ ist gute demokratische Praxis. Im Bereich des ÖPNV unserer Region ist eine Situation entstanden, in der die ergebnisoffene Suche nach besten Lösungen nur eingeschränkt stattfindet. Bisher wurde die Prüfung einer naheliegenden Option durch mehrheitliche Entscheidung verhindert. Der Herzogenauracher Stadtrat ist legitimiert, eine Machbarkeitsstudie zu beauftragen.

Stichworte zu Antrag und Auftragsvergabe:

1. Der Antrag muss **rechtsicher formuliert** werden – die Stellungnahme der Rechtsberatung der Regierung von Mittelfranken vom 24.1.2019 gibt dazu Hinweise.

14.1

Aus unserer Sicht gibt es keinen Zweifel, daß die Stadt Herzogenaurach nicht nur berechtigt, sondern im Sinne eines verantwortungsvollen Umganges auch mit *ihren* Steuermitteln sogar verpflichtet ist, Machbarkeitsstudien zu verkehrspolitischen Basisentscheidungen vorzunehmen, insbesondere wenn diese außerhalb des StUB-Projektes liegen und von diesem nicht abgedeckt werden. Machbarkeitsstudien sind noch keine „Planung“.

2. Bei der Auftragsvergabe sollte **Neutralität** gewährleistet sein, bisherige Auftragnehmer sollten daher nicht in Frage kommen.

3. Auftragsinhalt sollte sein, belastbare Aussagen zu erhalten, die die **BEG-Anforderungen** erfüllen.

4. Im Schreiben der DB-Netze AG werden konkrete **drei Arbeitspakete** genannt, die als Vorlage gelten können.

5. Wie im Schreiben des Bayr. Staatsministeriums vom 28.3.18 erwähnt, muss der **Nutzen-Kosten-Indikator** zur Absicherung von Investitionen ermittelt werden.

6. Es sind die **Wechselwirkungen zur StUB** einzubeziehen (Mitfall / Ohnefall).

7. Die **Auswirkungen der Entwidmungen** sollten untersucht werden, Möglichkeiten der Heilung aufgezeigt werden.

Von: Fischer, Wolfgang (RMFR)

An: 'xxx@erlangen-hoechststadt.de'

Gesendet: Donnerstag, 24. Januar 2019 15:06

Betreff: AW: Rechtsaufsichtliche Beratung- Bürgerbegehren Stadt Herzogenaurach - Reaktivierung der Aurachtalbahn

Sehr geehrte XXX,

vielen Dank für Ihre E-Mail, in der Sie uns mitteilen, dass Sie das Bürgerbegehren zur Reaktivierung der Aurachtalbahn für unzulässig halten.

Seitens der Regierung von Mittelfranken wird Ihre Einschätzung geteilt.

Das Bürgerbegehren ist unseres Erachtens schon unzulässig, weil es an einer kommunalen Aufgabe im eigenen Wirkungskreis fehlt.

- Im Rahmen des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Bayern (BayÖPNVG) ist der allgemeine öffentliche Personennahverkehr den Landkreisen und kreisfreien Gemeinden als Aufgabe im eigenen Wirkungskreis zugewiesen (Art. 8 BayÖPNVG), die Planung, Organisation und Sicherstellung des Schienenpersonennahverkehrs in Bayern dem Freistaat Bayern (Art. 13 BayÖPNVG). Aus Art. 1 Abs. 2 BayÖPNVG ergibt sich, dass ein Straßenbahnbetrieb dem allgemeinen ÖPNV unterfällt, ein Betrieb mit Eisenbahnen unterfällt dem Schienenpersonennahverkehr. Der Freistaat Bayern bedient sich zur Wahrnehmung seiner Aufgaben im Schienenpersonennahverkehr der Bayerischen Eisenbahngesellschaft, die in seinem Auftrag und nach seinen Vorgaben tätig wird. Der Freistaat knüpft die Finanzierung des Zugbetriebs einer Eisenbahnstrecke an bestimmte Bedingungen wie z.B. das prognostizierte Fahrgastaufkommen, welches durch eine Machbarkeitsstudie eines unabhängigen Dritten nachgewiesen sein muss. Das Eisenbahninfrastrukturunternehmen muss die Strecke auf eigene Kosten ertüchtigen, dauerhaft betreiben und marktübliche Trassenpreise garantieren. Im Gegenzug bestellt der Freistaat aus Regionalisierungsmitteln die Zugleistungen einschließlich der anfallenden Trassenpreise.
- Die Fragestellung des Bürgerbegehrens bezieht sich nicht auf die Planung einer Straßenbahn (StUB); eine solche Planung wäre Aufgabe des Zweckverbandes StUB, eine Mitwirkung hieran wäre der Stadt Herzogenaurach als Verbandsmitglied über Weisungen an ihre Verbandsräte im Grundsatz möglich
- Bei der in der Fragestellung angesprochenen Durchführung eines standardisierten Bewertungsverfahrens handelt es sich vielmehr um SPNV-Planung; diese ist Aufgabe des Freistaats Bayern.
- Die Mitwirkung bei der SPNV-Planung ist satzungsgemäße Aufgabe des Zweckverbandes Verkehrsverbund Großraum Nürnberg; dies beinhaltet auch die Definition von Rahmenbedingungen und die Beauftragung von Kosten-Nutzen-Untersuchungen in einem standardisierten Bewertungsverfahren. Damit fehlt es an einer Aufgabe der Stadt Herzogenaurach, Auftraggeber einer standardisierten Bewertung kann allenfalls der Zweckverbund Großraum Nürnberg sein. Die Fragestellung ist u.E. auch nicht dahingehend auslegbar, dass die Stadt Herzogenaurach sich lediglich beim ZVGN dafür einsetzen soll, dass dieser die erforderlichen Schritte für eine Reaktivierung bzw. die Beauftragung einer Untersuchung in die Wege leiten soll.

?

Ihre weiteren Bedenken hinsichtlich der doppelten Fragestellung unter dem Gesichtspunkt des Kopplungsverbotes teilen wir ebenfalls.

Ob eine Streichung des ersten Teils der Frage noch als bloß redaktionelle und nicht als inhaltliche Änderung der Fragestellung anzusehen wäre bzw. ob die Unterzeichner mit ihrer Unterschrift auch die insoweit reduzierte hilfsweise Fragestellung unterstützt hätten kann dahinstehen, weil es – wie oben ausgeführt – jedenfalls an einer Zuständigkeit der Stadt Herzogenaurach fehlt.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Fischer

Regierung von Mittelfranken

Sachgebiet 12

Kommunale Angelegenheiten, Oberversicherungsamt Nordbayern

Promenade 27

91522 Ansbach

Tel: 0981 53 1244

Fax: 0981 53 5244

E-Mail: Wolfgang.Fischer@reg-mfr.bayern.de

www.regierung.mittelfranken.bayern.de